

Haushaltsrede der Fraktion „Freie Wähler / FDP“ zum Haushaltsplan 2017

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bei der Einbringung des Haushaltsplans haben Sie, Frau OBin den Vergleich mit einem Symphonieorchester herangezogen.

Man kann natürlich jegliche Symbolik nutzen, gestatten Sie mir den Vergleich mit einem Baum anzubringen.

Dabei ist es sehr einfach festzustellen, wie gut es um einen Baum bestellt ist – Trägt er Früchte oder nicht. Fallen die Blätter oder schmückt sich der Baum mit sattem Grün.

Es gibt Kriterien die erklären wie man Bäume gesund und ertragreich halten kann. Dazu gehört natürlich ein gutes Umfeld – wenn anderenorts das Wasser abgegraben wird, dann ist das vergleichbar mit unseren übergeordneten Verwaltungen von Bund und Ländern, die einen enormen Durst haben und selbst in guten Zeiten nichts einsparen, im Gegenteil.

Unser Baum bekommt eben nur so viel Wasser, wie es vorher bestimmt wird – wir erleben das in den Finanzausgleichen und zuletzt in der Kürzung des Vorwegabzugs –welch ein Wortmonster. Das heißt nichts anders als „das Land bedient sich aus den Mitteln, die eigentlich für die Kommunen vereinbart waren“

Das ist aber noch nicht alles. Unser städtischer Baum bekommt ohne unser Zutun weitere Lasten angehängt wie die Kleinkindbetreuung oder die Ganztags schulangebote oder die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. Das Problem ist,

dass wir darauf selten vorbereitet sind und für zusätzliche, neue Aufgaben auch zusätzliches Geld benötigt wird. Das Prinzip „Wer bestellt bezahlt“ wird weitgehend ignoriert und entsprechend knapp steht es um unseren Haushalt.

Den Mehraufwand für die Kinderbetreuung haben wir inzwischen als feste Größe in unserem Haushalt irgendwie eingearbeitet. Insgesamt immerhin 12 Millionen Euro von denen nach Abzug von Zuweisungen immer noch 7 Millionen Euro jährlich zu finanzieren sind.

Die Ganztagsbetreuung an den Schulen wurde im laufenden Jahr erheblich ausgebaut, wir haben das gemeinsam beschlossen und sehen die Folgen in den Personalkosten, die wir hierfür zu tragen haben.

Worauf aber niemand vorbereitet war, ist die Flüchtlingskrise des Jahres 2015 mit Folgekosten vor allem im Sozialbereich. Diese Größe ist nur indirekt in unserem Haushalt sichtbar. In erster Linie wird das über den Landkreis abgewickelt. Die Kreisumlage wurde innerhalb von 2 Jahren von 27,5 auf 32,0 Punkte erhöht – Mehraufwand für uns ca. 3 Millionen € jährlich. Woher wir das Geld dafür nehmen, fragt uns weder die Kanzlerin noch der Ministerpräsident oder der Landrat.

Das ist schon frustrierend und wir können nur hoffen, dass beim aktuellen Rückgang der Flüchtlingszahlen auch erreicht wird, dass die vielen Menschen die zu uns gekommen sind, nicht auf Dauer hierbleiben müssen. Ob uns die Weltpolitik hier Entlastung bringen wird ist allerdings alles andere als sicher.

Fakt ist, wir haben eine große zusätzliche Aufgabe zu bewältigen, die sowohl finanziell als auch organisatorisch und politisch eine besondere Herausforderung darstellt.

Die Sorgen und Ängste unserer Bürgerinnen und Bürger müssen ernstgenommen werden. Wir, als die gewählten Vertreter erwarten aber auch Verständnis dafür, dass wir bei der Abwägung zahlreicher Sachfragen zu Entscheidungen kommen müssen. Dabei ist es unmöglich jedem Einzelinteresse gerecht zu werden.

Was unsere Mitbürger aber erwarten dürfen, ist das Angebot

in die Meinungsbildung einbezogen zu werden. Wir – und da beziehe ich alle Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats ein – machen uns das nicht leicht. Die Möglichkeiten sind aber auch bei uns begrenzt, wenn man heute schon die Anzahl und Dauer von Sitzungen und Veranstaltungen aller Art betrachtet.

Ich kann nur alle Interessierten auffordern, zu den Sitzungen des Gemeinderats und zu den angebotenen Informationsveranstaltungen zu kommen.

Noch besser wäre es, sich persönlich und direkt in die Kommunalpolitik einzubringen. 2019 sind wieder Wahlen.

Personalaufwand

Ich möchte mich jetzt konkret dem Haushalt 2017 zuwenden. Der größte Ausgabenposten ist jedes Jahr der Aufwand für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadtverwaltung.

Mit einer Steigerung von fast 2 Millionen € auf jetzt 27,8 Millionen € erleben wir einen außergewöhnlich großen Anstieg.

Mit den Beschlüssen zur Ganztagsbetreuung an den Schulen (6 Stellen) und der Reprivatisierung der Reinigungsleistungen (4,5 Stellen) sind wir einverstanden. Die Einsparungen der früheren Fremdvergaben sind an anderer Stelle im Haushalt sichtbar. Probleme bereiten uns weitere zusätzliche 11 Stellen im Bereich Allgemein Verwaltung und Soziales, die wir kritisch sehen und zeitlich befristet sehen möchten. Die Anforderungen aus der Betreuung der Flüchtlinge und der Integration machen sich hier bemerkbar. Wir hoffen nicht, dass das dauerhaft in diesem Maß notwendig sein wird. Trotz der kürzlichen Zusage der Landesregierung Mittel für Intergration zuzuweisen bleibt zu viel an uns hängen. Dazu kommt die Unsicherheit, was tatsächlich am Schluß abgerechnet werden kann. Alleine für Sprachförderungsmaßnahmen geben wir nach Abzug von Fördermitteln ca. 150T€ im Jahr aus. Das ist sinnvoll, aber wir tun das freiwillig und haben keinen Anspruch auf Ausgleich. Sprachbildung ist nach unserem Verständnis eine Bildungsaufgabe und damit in der Zuständigkeit des Landes.

Es muss auch kritisch hinterfragt werden, ob eine intensive Anschlußbetreuung durch kommunale Bedienstete wirklich notwendig ist. Man muss hier aufpassen, dass die Eigenverantwortung unseren neuen Mitbürger nicht durch überzogene und dauerhafte Hilfeleistungen ausgebremst wird.

Tarifsteigerungen sind unvermeidlich und dass Stellen ausgeschiedener Mitarbeiter neu besetzt werden müssen ist ebenfalls nachvollziehbar.

Gerade wenn es um die Einarbeitung neuer Mitarbeiter geht, besteht eine große Chance für die Stadtverwaltung künftig effizienter zu arbeiten. Diese Chance haben wir vor 2 Jahren auch bei der Haushaltsberatung thematisiert. Ich zitiere:

Wir geben mit dem Haushalt 2015 wieder Mittel frei für Geschäftsprozessoptimierung und Wissenssicherung. Das bereits begonnene Projekt erfordert eine weitere Personalstelle. Angelegt auf 2-3 Jahre erhoffen wir uns daraus jetzt wirklich positive Effekte. Die ersten Ergebnisse sind erfolgversprechend.

Aus heutiger Sicht und nach 2 Jahren müssen wir feststellen, dass die Ziele nicht erreicht wurden. Es wurden Personalkosten eingespart – aber nicht durch Effizienzsteigerung sondern durch die monatelange Nichtbesetzung eben dieser wichtigen Stelle für die Organisationsuntersuchung. Dadurch konnten noch nicht alle Bereiche untersucht werden, ich vermute, dass bei dem aktuellen Tempo in 10 Jahren alle Ämter analysiert sind um die Abläufe zu verbessern.

Die Folgen sind fatal!

Es wird uns von der Verwaltung bestätigt, dass überall, wo die Organisation und die Arbeitsabläufe untersucht wurden, spürbare und positive Veränderungen möglich waren. Das heißt der Aufwand hierfür rechnet sich!

Wenn wir aber nicht in der Lage sind, unsere gesamte Verwaltung innerhalb 2 Jahren zu durchleuchten so ist offensichtlich, dass wir Reserven verschenken.

Es scheint immer noch einfacher zu sein, neue Stellen zu fordern, als intern nach Möglichkeiten zu suchen, die Abläufe zu verbessern, Mitarbeiter optimal einzusetzen und zumindest die Fluktuation zu nutzen um mit den vorhandenen und bewilligten Stellen auskommen zu können.

Das einzig erfreuliche ist, dass die bereits vor 2 Jahre bewilligte Stelle jetzt nach einer längere Vakanz wieder ausgeschrieben wurde. Vielleicht hilft uns das für die Personalplanung im Haushalt 2018....

Besonders schwer gefallen ist es uns, dass über die von unserer Oberbürgermeisterin am 25.Oktober eingebrachte Stellen- und damit Kostenplanung hinaus in den Beratungen weitere Stellenwünsche vorgetragen wurde. In Summe 11,7 Stellen mit einem Volumen von 620T€.

Bei allem Verständnis für die frühe Festlegung auf die Eckdaten einer Haushaltseinbringung – teilweise muss das ja schon im Spätsommer passieren – so war dies einer der Tiefpunkte in den Vorberatungen.

Es ist Aufgabe der Verwaltung mit einem vom Gemeinderat beschlossenen Rahmen auszukommen. Falls mehr erforderlich ist, muss das natürlich begründet werden. Aber nicht in der Tiefenschärfe von ¼ Stellen für einzelne Aufgabenerfüllung. Eine Diskussion im Haushaltsausschuss über ebensolche Anforderungen mit den betroffenen Mitarbeitern ist untragbar. Erfreulicherweise haben Sie Frau OBin das noch rechtzeitig verstanden und eine Budgetierung auf zusätzliche 160T€ für 2017 und die folgenden Jahre akzeptiert.

Bei allen Argumenten, dass wir bei wachsender Einwohnerzahl mehr Aufgaben zu erfüllen haben und damit mehr Personal benötigen. Es dürfte auch bei der Stadtverwaltung angekommen sein, dass moderne Datenverarbeitungssysteme Gerade in Verwaltungen rationelleres Arbeiten ermöglichen. Ein Mitarbeiterbestand von 475 Stellen bietet wirklich das Potential effizienter zu arbeiten.

Weiterbildung und die richtigen Mitarbeiter am richtigen Platz können in vielen Fällen die Motivation und die Freude an der Arbeit steigern. Auch hier gibt es Entwicklungspotential.

Wir erwarten von Ihnen Frau OBin und von Ihnen Herr Bürgermeister dass Sie künftig mit dem heute aufgestockten Mitarbeiterbestand die aktuellen Aufgaben erfüllen werden.

Gestatten Sie mir nun, nach den etwas tiefergehenden Ausführungen zum Personalplan auf einzelne, ausgewählte Sachverhalte einzugehen.

Wir verzichten dabei bewußt auf die Betrachtung aller Teilaspekte der Aufgabenerfüllung. Frau Krug hat dies bereits übernommen, wengleich wir nicht alle Schlußfolgerungen unserer Vorredner teilen.

Finanzlage

Mit unseren Einnahmen erreichen wir fast einen ausgeglichenen Haushalt, müssen aber für unsere Investitionen Kredite aufnehmen. Das wird auch im Finanzplanungszeitraum bis 2020 so sein. Wir haben keine großen Spielräume auch wenn wir große Investitionen bereits eingeplant haben wie die Kindergärten in Heildelshem mit 4 Mio, die Schulsporthalle in der Bahnstadt mit 5 Mio und die beschlossenen Maßnahmen in der Bahnstadt wie die Unterführung, den Quartiersplatz und die weiteren Erschließungen.

Wir sehen aber deutlich, dass große Projekte begonnen werden, die dann auch fertigzustellen sind. Die finanziellen Herausforderungen dafür sind enorm.

Das Großprojekt der Bahnunterführung mit der anschließenden Neugestaltung des Bahnhofsbereichs auf der Ostseite, der Hochwasserschutz mit dem Großprojekt Regenrückhaltebecken, Erhalt und Erneuerung unserer Schulen mit dem Ausbauwunsch am JKG, Umsetzung des Radwegekonzepts, Wohnungsbau für preiswertes Wohnen und

die Erschließung von Bauflächen für Gewerbe und Wohnungsbau, die Bahnunterführung in Heidelberg und nebenbei ein Feuerwehrhaus, das uns nichts kosten soll. Wir werden Prioritäten setzen müssen.

Bedenklich ist, dass die von uns seit Jahren eingeforderte Liegenschaftspolitik nicht mit der nötigen Priorität umgesetzt wird. Wir haben keine entwickelten Wohnbaugrundstücke und die Gewerbeflächen sind praktisch alle verkauft. Die Entwicklung und Baureifmachung neuer Flächen dauert mindestens 3 Jahre und in dieser Zeit erzielen wir kaum noch Grundstückserlöse, im Gegenteil wir müssen erst in die Entwicklung und Erschließung investieren.

Verwaltung

Es ist dringend erforderlich, dass sich die Verwaltung nach der neuen Dezernatsverteilung um die künftige Organisationsstruktur kümmert. Die großen Bereiche Bauen, Liegenschaften, Ordnung und Sicherheit können neu organisiert werden, wenn die aktuellen Amtsleiter aus Altersgründen innerhalb der nächsten 2 Jahre ausscheiden und die Stellen neu zu besetzen sind.

Frau OBin und Herr BM: Nutzen Sie diese seltene Chance zu einer sinnvollen Strukturierung, die den Anforderungen der Zukunft gerecht werden.

Wirtschaft und Innenstadt

Regionale und kommunale WiFöd und das Stadtmarketing sind personell ausreichend ausgestattet. Wir erwarten hier eine höhere Präsenz bei den privaten Akteuren und Impulse, damit unsere Stadt im Wettbewerb um Arbeitsplätze und Attraktivität nicht zurückfällt

Sorge bereitet uns hier die Innenstadt. Die Anbindung an den Bahnhofsbereich lässt auf sich warten, und die Obere Kaiserstrasse ist das Negativbeispiel für Stadtentwicklung. Auf Wunsch der Verwaltung gab es vor 2 Jahren gegen unsere Stimmen einen Mehrheitsbeschluss zur Beibehaltung dieses Bereichs als Fußgängerzone.

Der Wunsch unserer Fraktion, durch städtebauliche oder andere Aktivitäten für Verbesserungen zu sorgen, wurde aufgenommen aber leider ist nichts geschehen.

Ich bemerke wiederholt und bewußt zynisch:

Der Straßenbelag zeichnet sich dort durch das einmalige Bruchsaler Belagsmuster mit Platten und Asphaltflicken aus. Der Geschäftsbesatz zeichnet sich durch weitere Leerstände und den Bau von Büros des Arbeitsamtes gegenüber der Stadtapotheke aus. Hier war lange Jahre ein Schuhgeschäft angesiedelt. Rombel, Woll, Dermothek und die Arnoldpassage sollten auch die Stadtplanung und Wirtschaftsförderung zum Nachdenken bringen.

Weiter nichts zu tun führt zu Verwahrlosung. Die Obere Kaiserstraße ist keine attraktive Fußgängerzone. Wir erwarten, dass diese Realität erkannt wird und Konsequenzen gezogen werden.

Zum Thema Innenstadt gehört auch im weiteren Sinn Sicherheit und Ordnung. Im Bereich des Bahnhofs haben wir nach unserer Beobachtung ein Sicherheitsproblem, das dringend unter Einbeziehung aller Beteiligten anzugehen ist. Wir erwarten dass ausgewählte Bereiche stärker überwacht werden auch der Einsatz von Kameras ist kein Tabu. Das Sicherheitsgefühl hat sich verschlechtert, hier muss die Stadtverwaltung zusammen mit den Sicherheitskräften offen und ehrlich kommunizieren, damit nicht die sozialen Medien die Informationshoheit gewinnen. Halbwahrheiten und Sensationsmeldungen verbreiten sich bekanntlich schneller als früher.

Konzern und Töchter

Der Stadtwerkeverbund mit ewb und Stadtbus hat sich besser entwickelt als noch vor 3 Jahren befürchtet. Unsere Bäder und Busse werden damit finanziert, ohne das Zuschüsse aus dem Allgemeinhaushalt notwendig sind. Diesen Erfolg haben wir auch dem zum Jahresende ausscheidenden Geschäftsführer Herrn Solberg zu verdanken. Er hat es verstanden wirtschaftlich zu arbeiten, die Interessen der Stadt im Auge zu behalten und

sich am Markt zu behaupten. Bei der Verabschiedung hat er in seiner Art darauf hingewiesen, dass dies natürlich auch ein Verdienst aller Mitarbeiter ist. Wir bedanken uns ausdrücklich für diese Leistung und wünschen Herrn Solberg alles Gute für den Ruhestand.

Seinem Nachfolger haben wir die Zusatzaufgabe der Breitbandversorgung unserer südlichen Stadtteile übertragen und wünschen ihm natürlich viel Erfolg bei der Führung des Stadtwerkeverbundes.

Dabei erinnern wir an die Gesamtbetrachtung der Stadtverwaltung und Ihrer Töchter als Konzern. Vielleicht ist es ja doch möglich hieraus Synergien zu wecken wie zB bei der Datenverarbeitung und der Notwendigkeit bestens abgesicherte und zuverlässige Systeme vorzuhalten.

Erfolge

Große Projekte nähern sich dem Abschluss:

Brandschutz JKG bis 2018

Sanierung Sporthalle im Sportzentrum bis 2018

OGA ist verlagert (und bezahlt !)

St.Raphael (Innensanierung fertig bis 3/2017)

Verwaltungsstellen (zuletzt O-Grombach)

... und vielleicht erfahren wir ja auch mal etwas Konkretes zum Neubau des Feuerwehrhauses

Wünsche

- Status Bahnstadt mit Einnahmen-Ausgaben Plan/Ist im 1.Quartal 2017

- Entlastung bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen

- Zukunftsplanung für unsere wachsende Stadt

Mit Bürgerforen geht das in die richtige Richtung.

Ein umfassendes Wohnraumprogramm für jeden Bedarf, mit der Schaffung von günstigen Wohnungen muss das Ziel sein. Auch für die, die schon lange auf den Listen der Wohnungsbaugesellschaft stehen. Vielleicht ist die aktuelle Situation endlich der Auslöser, damit mehr passiert.

....und gestatten Sie uns noch einen Wunsch, der wieder eine Zitat aus der letztjährigen Haushaltsrede ist:

„Vor einem Jahr wurde ein Ansatz in den Haushalt 2015 zur Umsetzung des Projektes „papierlose Ratsarbeit“ verabschiedet. Wir würden uns freuen, wenn das umgesetzt wird,“

Es ist wieder Weihnachtszeit, vielleicht werden Wünsche wahr!

Die Fraktion der Freien Wähler / FDP stimmt dem Haushaltsplan 2017 zu.

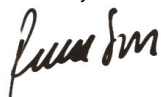
Dem Haushaltsplan für den Abwasserbetrieb stimmen wir zu, wenngleich uns Sorge bereitet, dass auf absehbare Zeit die Verschuldung in diesem Bereich enorm ansteigen wird, um alle Standards zu erfüllen.

Dem Haushaltsplan der Vereinigten Stiftungen stimmen wir ebenfalls zu.

Wir wünschen Ihnen Frau OBin Petzold-Schick, Ihnen Herr Bürgermeister Glaser und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung bei der Umsetzung viel Erfolg und bedanken uns für die im ablaufenden Jahr geleistete Arbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Bruchsal, den 20.12.2016



Roland Foos

Fraktionsvorsitzender der Fraktion „Freie Wähler / FDP“